Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 103 (2006)
Heft: 2

Rubrik: NachrichtenMix

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ausländische Diplome

Willkommen in der Schweiz

Wer ein ausländisches Diplom für Soziale Arbeit besitzt, muss dieses in der Schweiz anerkennen lassen – und zusätzliche Kompetenzen erwerben.

Das Abkommen zur Personenfreizügigkeit machts möglich: Ausländische Fachpersonen haben das Recht, in der Schweiz ihren Beruf auszuüben. Dies gilt auch für die Berufe der Sozialen Arbeit. Wird aber festgestellt, dass den Fachleuten wichtige berufliche Kompetenzen fehlen, so können sie sich diese nachträglich aneignen. Voraussetzung dafür ist, dass die Kandidatinnen und Kandidaten beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) das schweizerische Anerkennungsverfahren abgeschlossen haben und als Folge davon entweder eine Eignungsprüfung oder eine Zusatzausbildung absolvieren müssen.

Die Eignungsprüfung wird jenen Personen empfohlen, die bereits erste Erfahrungen in Berufen der Sozialen Arbeit in der Schweiz gemacht haben. Die Zusatzausbildung dauert je nach Anzahl Module drei bis sieben Monate und kann berufsbegleitend absolviert werden.

Die Anforderungen wurden von Expertinnen und Experten in Zusammenarbeit mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden ausgearbeitet. Die ausländischen Fachpersonen sollen im Interesse einer möglichst hohen beruflichen Qualifikation als gleichwertige Partnerinnen und Partner behandelt werden. Das Angebot richtet sich an Sozialarbeitende, Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie an Fachpersonen der Soziokulturellen Animation. (pd)

Weitere Infos: www.hsa.fhz.ch (Rubrik Fachkurse)

EUROPÄISCHES PROJEKT

Zehn Länder im Vergleich

Ein europäisches Projekt widmet sich der veränderten Organisation des Sozialwesens. Unter dem Titel «Rescaling on Social Welfare Policies» untersuchen Projektverantwortliche aus zehn Ländern die Aufgabenteilung und -verschiebung zwischen der nationalen, regionalen und kommunalen Staatsebene sowie das Verhältnis von öffentlichen und privaten Akteuren im Sozialbereich. Dabei werden so genannte «Rescaling»-Prozesse» wie Zentralisierung, Dezentralisierung oder Subsidiarität diskutiert und deren Chancen und Risiken beurteilt. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Bereiche Sozialhilfe, aktive Arbeitsmarktmassnahmen und Alterspflege. Am Projekt sind nebst der Schweiz auch Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland, Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark und Polen beteiligt.

Kernstück der Untersuchung bilden nationale Fallstudien zu den institutionellen Strukturen und Verfahren. Die länderspezifischen Daten werden zu länderübergreifenden, vergleichenden Analysen verarbeitet. Anhand dieser Daten lässt sich darstellen, welche «Rescaling»-Massnahmen in den beteiligten Ländern umgesetzt worden sind.

Das schweizerische Projekt wird von der Hochschule für Soziale Arbeit Luzern durch Beat Baumann, Jürgen Stremlow und Rahel Strohmeier durchgeführt. Gegenwärtig werden die Daten erhoben; Fallstudien sind in den Kantonen Neuenburg und Aargau geplant. Das Projekt soll im Sommer 2008 abgeschlossen sein.

Beat Baumann
Dozent HSA Luzern

Weitere Infos: www.euro.centre.org

Behinderung und Sexualität

Das Thema Sexualität und Behinderung ist nach wie vor ein Tabu. Und die einsame Not der behinderten Opfer von sexueller Gewalt ist gross. Die neu geschaffene schweizerische Fachstelle für Behinderung & Sexualität kurz «fabs» will Abhilfe schaffen. «fabs» will Menschen mit Behinderung befähigen und unterstützen, ihre Sexualität selbstbestimmt, verantwortungs- und auch lustvoll leben zu können. Die Fachstelle befindet sich in Basel und wird von Aiha Zemp geleitet. (pd)

Weitere Infos: www.fabs-online.org

Kein Rückfall ins Mittelalter

Der Schweizerische Verband allein erziehender Mütter und Väter (SVAMV) wehrt sich vehement gegen politische Versuche, die steuerliche Gleichbehandlung von Einelternfamilien und traditionellen Familien rückgängig zu machen. Er ruft deshalb die eidgenössischen Räte auf, nicht auf die parlamentarische Initiative des Berner Ständerats Hans Lauri (SVP) einzutreten. Insgesamt zehn Kantone verstossen gegen das von den eidgenössischen Räten verabschiedete Steuerharmonisierungsgesetz. Das Bundesgericht hat deshalb in einem Musterprozess den Kanton St. Gallen dazu verurteilt, eine allein erziehende Mutter steuerlich einer traditionellen Familie gleichzustellen. Statt unter dem Druck dieses Urteils das Gesetz zu vollziehen, übten die Kantone nun Druck auf ihre Parlamentarier aus, um die Errungenschaft des letzten Jahrzehnts zunichte zu machen, schreibt der SVAMV. (pd)

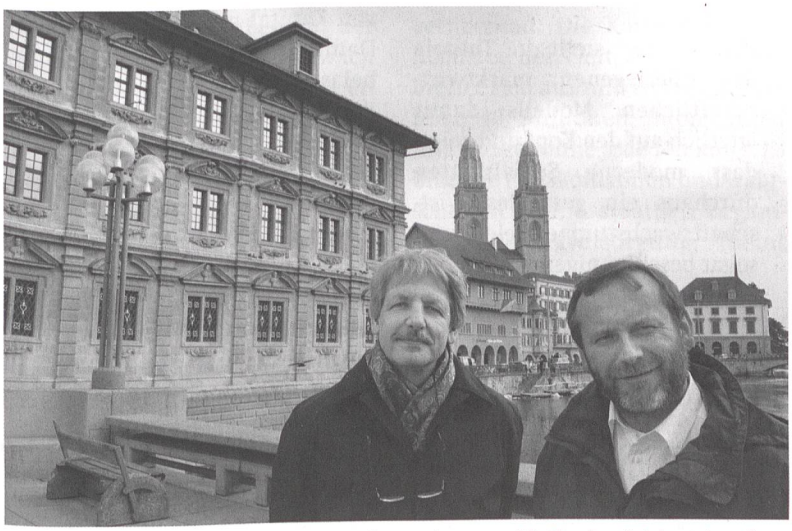
Bern: Noch mehr Anreiz

Der Berner SVP-Grossrat Daniel Pauli fordert in einer Motion noch stärkere Anreize, damit sich Betroffene von der Sozialhilfe ablösen können. Pauli findet es stossend, dass manche Sozialhilfebezüger finanziell besser dastünden als Berufstätige mit tiefem Einkommen. Wer sich um Arbeit bemühe, um sich aus der Abhängigkeit von der Sozialhilfe zu befreien, dem drohe der «finanzielle Absturz», so Pauli. Er macht darauf aufmerksam, dass Erwerbseinkommen im Gegensatz zur Sozialhilfe versteuert werden müssen. Der Kantonsparlamentarier verlangt vom Regierungsrat eine gesetzliche Regelung, die verhindern soll, dass Sozialhilfebezüger netto mehr Geld zur Verfügung haben als Erwerbstätige. Motionär Pauli fügt allerdings an, dass er nicht wisse, wie dieses Ziel erreicht werden könne. Er empfiehlt deshalb, dass eine Gruppe von «Querdenkern» sich mit der Materie befasst. (pd)

Zürich: Ein Spendenparlament

Ein so genanntes Spendenparlament will in Zürich Geld für Projekte sammeln, die Menschen in die Gesellschaft integrieren helfen. Schirmherren des Projekts sind Alt-Stadtpräsident Josef Estermann und Kantonsrat Urs Lauffer. Träger des Spendenparlaments ist ein Verein, der vom Grossmünster-Pfarrer Christoph Sigrist präsidiert wird. Das Parlament wird erstmals im September im Zürcher Rathaus tagen. Voraussetzung ist, dass 80 Mitglieder zusammenkommen und 100 000 Franken und 5 Projekte vorhanden sind. Im Parlament kann einsitzen und abstimmen, wer jährlich einen Beitrag von 500 Franken einzahlt. Die Spendenempfängerinnen und -empfänger sollen ihre Projekte im Parlament persönlich vorstellen. Unterstützt werden soziale und kulturelle Projekte, die der Integration dienen und das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen und Milieus fördern. Die Initianten möchten mit dem Projekt den Kreislauf zwischen Reich und Arm schliessen, damit diejenigen, die Geld haben und diejenigen, die auf Spenden angewiesen sind, sich treffen. (pd)

Spendenpostkonto 85-92599-1



Sie stehen hinter dem Zürcher Spendenparlament: Alt-Stadtpräsident Josef Estermann (l.) und Grossmünster-Pfarrer Christoph Sigrist.

Bild Thomas Burla/TA

77. Deutscher Fürsorgetag

Eine riesige Messe

Am Deutschen Fürsorgetag in Düsseldorf wurde debattiert: Zum Beispiel über «Vätermonate» und Bismarck.

Unter dem Titel «Mut zur sozialen Verantwortung» hat vom 3. bis 5. Mai in Düsseldorf der 77. Deutsche Fürsorgetag stattgefunden. Dabei handelt sich um eine riesige Messe mit 1000 Teilnehmenden, Dutzenden von Workshops und Ausstellern – darunter private und öffentliche Sozialdienste, Beratungsfirmen, Fachhochschulen und Verlage.

Im Eröffnungsreferat sprach Thomas de Maizière, Chef des Kanzleramts, in Vertretung von Angela Merkel über die anstehenden sozialstaatlichen Probleme in Deutschland. Er erwähnte das neue Elterngeld, das auf der Basis des letzten Lohnes, aber nur für ein statt drei Jahre ausbezahlt wird. Neu sind auch die «Vätermonate».

In einem der Workshops wurde über das Thema «Umverteilen im Sozialstaat – Gerechtigkeit für morgen» debattiert. Dabei kam das «magische Viereck» der sozialen Gerechtigkeit zur Sprache, aber auch die Tätigkeitsgesellschaft, in der Erwerbs-, Familien- und Gemeinwesenarbeit den gleichen Stellenwert bekommen sollten. Zudem wurde die «Ewigkeitsgarantie» in der deutschen Verfassung erwähnt, die besagt, dass Grundwerte – dazu gehört auch das Sozialstaatsgebot – nicht mit einer qualifizierten Mehrheit ausser Kraft gesetzt werden können. Da auch vom Bismarck'schen Sozialmodell die Rede war, konnte nicht auf ein Zitat vom Fürsten verzichtet werden: «Der Jugend habe ich nur drei Worte zu sagen: arbeitet, arbeitet, arbeitet.» Der nächste Fürsorgetag findet im Jahre 2009 in Nürnberg statt. (ute)